



Die Europäische Kommission stellt die erneuerte Sozialagenda vor

Die Europäische Kommission hat am 2. Juli 2008 eine Reihe wichtiger neuer Vorschläge angenommen und damit die Bedeutung der sozialen Dimension als integralem Bestandteil der Lissabon-Strategie erneut bekräftigt.

Die erneuerte Sozialagenda¹ baut auf den Ergebnissen auf, welche die EU in Hinblick auf die Förderung von Wachstum und Beschäftigung, Gleichstellung von Frauen und Männern, bessere Arbeitsbedingungen, Bekämpfung von Diskriminierung und Verbesserung des sozialen Zusammenhalts im Allgemeinen erzielt hat. Sie ist getragen von der Erkenntnis, dass angesichts der Globalisierung sowie der technologischen, demographischen und ökologischen Veränderungen eine Überprüfung der Mittel und Wege zur Erreichung des grundlegenden sozialen Zieles einer harmonischen, von Zusammenhalt und Integration geprägten Gesellschaft von großer Bedeutung ist. Sie gründet darüber hinaus auf der Überzeugung, dass ein ganzheitlicher Ansatz, der unterschiedliche Strategien und Instrumente umfasst, erforderlich ist.

Die Agenda beruht auf drei Grundprinzipien:

- **Chancen** eröffnen für mehr und bessere Arbeitsplätze und die Steigerung des Gemeinwohls;
- verbesserter **Zugang** zu hochwertiger Bildung, sozialem Schutz, Gesundheitsversorgung und sozialen Dienstleistungen;

- **Solidarität** fördern zwischen Einzelnen, sozialen Gruppen, Generationen, Regionen und Mitgliedstaaten.

Die Agenda berücksichtigt die Ergebnisse einer umfassenden öffentlichen Konsultation zur sozialen Wirklichkeit in Europa², die von der Kommission 2007 durchgeführt wurde und in der sieben prioritäre Bereiche ermittelt wurden:

- Kinder und Jugendliche – das Europa von morgen
- In Menschen investieren: mehr und bessere Arbeitsplätze, neue Kenntnisse und Fertigkeiten
- Mobilität
- Länger und gesünder leben
- Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung und Förderung sozialer Dienstleistungen
- Bekämpfung von Diskriminierung und Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern
- Chancen, Zugangsmöglichkeiten und Solidarität weltweit.

Die Europäische Kommission stellt die erneuerte Sozialagenda vor.....	1
Zugang zu Beschäftigung für besonders schutzbedürftige Gruppen	2
Stärkung des Prozesses für soziale Eingliederung.....	3

¹ Erneuerte Sozialagenda: Chancen, Zugangsmöglichkeiten und Solidarität im Europa des 21. Jahrhunderts (KOM(2008) 412 endgültig), <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=547&langId=de>

² http://ec.europa.eu/citizens_agenda/social_reality_sto_cktaking/index_de.htm





Zur Erreichung dieser Ziele schlägt die Agenda eine Kombination von Maßnahmen in sechs umfassenden politischen Bereichen vor:

- **Rechtsvorschriften der EU:** z. B. neue Gesetze und Verordnungen zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund von Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Ausrichtung außerhalb von Arbeit und Beruf, zur Stärkung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung und zur Verbesserung der Funktionsweise der Europäischen Betriebsräte.
- **Sozialer Dialog:** Die Vertreter von Arbeitnehmern und Arbeitgebern werden aufgerufen, die Möglichkeiten des Dialogs auf europäischer Ebene voll zu nutzen.
- **Offene Methode der Koordinierung:** Das gesamte Potenzial der OKM Soziales soll durch die Anwendung einiger Verfahren und Arbeitsmethoden der Lissabon-Strategie voll ausgeschöpft werden, um so für ein stärkeres politisches Engagement und eine bessere Außenwirkung zu sorgen (z. B. durch die Festsetzung quantitativer Zielvorgaben), das positive Zusammenwirken mit anderen Politikbereichen der EU zu stärken, die Analyseinstrumente und die Evidenzbasis zu optimieren sowie Eigenverantwortung, Überwachung, wechselseitiges Lernen und Peer Reviews unter den Mitgliedstaaten anzuregen.

- **Vergabe von EU-Finanzmitteln:** Gewährleistung eines wirksamen Einsatzes der EU-Strukturfonds, des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung und des Programms PROGRESS für Beschäftigung und soziale Solidarität.
- **Partnerschaft, Dialog und Kommunikation:** verstärkte Einbindung und Konsultation von Bürgern, Unternehmen, NRO, regionalen und lokalen Behörden sowie anderen Stakeholdern.
- **Ausrichtung aller politischen Maßnahmen der EU auf die Förderung von Chancen, Zugangsmöglichkeiten und Solidarität:** Untersuchung der sozialen und beschäftigungswirksamen Auswirkungen neuer Initiativen vor ihrer Umsetzung.

„Die soziale Dimension Europas war noch nie so wichtig wie heute. Sie ist untrennbar mit der EU-Strategie für mehr Wachstum und bessere Arbeitsplätze verbunden.“

José Manuel Barroso,
Präsident der Europäischen Kommission

Zugang zu Beschäftigung für besonders schutzbedürftige Gruppen

Nur zwei Jahre vor dem Jahr 2010 liegt die Beschäftigungsrate in der EU immer noch unter der Zielvorgabe von 70 %, die 2000 in Lissabon gesteckt wurde. Verantwortlich dafür sind vor allem die geringen Beschäftigungsraten älterer Arbeitnehmer, junger Menschen, Menschen mit Behinderungen und Menschen, die von einem Arbeitsunfall oder einer

Berufskrankheit betroffen sind. In der gesamten EU haben weniger als die Hälfte der Menschen über 55 eine Beschäftigung und 20 % der Menschen unter 25 Jahren hatten noch nie eine Stelle.

Bei einer Peer-Review, die im April in Wien stattfand, wurde untersucht, wie Initiativen sozialpartnerschaftlicher Einrichtungen in Österreich Menschen aus solchen





Gruppen erfolgreich dabei unterstützt haben, einen Arbeitsplatz zu finden oder erwerbstätig zu bleiben. Drei Webseiten wurden geschaffen, die sich den Themen Arbeit und ältere Arbeitnehmer, Arbeit und Behinderung sowie Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz widmen. Arbeitssuchende finden auf diesen Webseiten Informationen zu offenen Stellen, Arbeitgeber dagegen Beispiele für bewährte Praktiken, Links zu Beratungsdiensten, Informationen zu den Vorteilen, die eine Beschäftigung der betroffenen Personen und ein gesunder Arbeitsplatz bieten, sowie zu möglichen Fördermaßnahmen.

Zwei weitere, eher traditionelle Initiativen wurden entwickelt, um junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren sowie Menschen, die durch einen Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit betroffen sind, direkt zu unterstützen. Seit 2005 hat das Projekt „Der Jugend eine Chance“ mehr als 1400 jungen Langzeitarbeitslosen geholfen, eine Stelle zu finden, indem ihnen neun Monate lang ein persönlicher Coach zur Seite gestellt wurde. Das Projekt „Gesundheitsstiftungen“ unterstützt Menschen, die von einer berufsbedingten Erkrankung betroffen sind, bei der Rückkehr in eine Beschäftigung und hat im vergangenen Jahr eine Erfolgsrate von 65 % erzielt.

Erfahrungsauswertung

Die österreichische Erfahrung macht die Bedeutung zwischengeschalteter Arbeitsmärkte deutlich, wenn es darum

geht, schutzbedürftige Personen beim Übergang in eine Vollzeitbeschäftigung zu unterstützen. Sie zeigt auch den Bedarf an einer Kombination aus Unterstützung und Beratung, gelegentlich gestützt durch finanzielle Anreize, und betont gleichzeitig die Bedeutung der persönlichen Verantwortung und der Vermeidung übermäßiger Kosten. Gleichzeitig verweist sie auf die besondere Bedeutung der Unterstützung von MigrantInnen sowie der Tatsache, in etablierten, zuverlässigen Strukturen, insbesondere den von Sozialpartnern und NRO bereitgestellten zu arbeiten und nicht neue Strukturen aufzubauen.

Die TeilnehmerInnen der Peer Review sind sich zwar bewusst, dass einige Aspekte der österreichischen Erfahrung aufgrund der engen Einbindung der Sozialpartner schwer übertragbar sind, andere Elemente können jedoch auf jeden Fall übertragen werden und weisen Gemeinsamkeiten mit Entwicklungen andernorts auf. In Spanien und Norwegen existieren zum Beispiel bereits ähnliche Internetplattformen, in Finnland wurden Arbeitsschutzprogramme entwickelt, in Irland ein *Back to Education Allowance* (Beihilfe zur Rückkehr in die Bildung) für junge Menschen und im Vereinigten Königreich ein *New Deal for disabled people* (Neuer Pakt für Menschen mit Behinderung) eingerichtet.

Mehr Informationen finden Sie unter: <http://www.peer-review-social-inclusion.net/peer-reviews/2008/initiatives-by-the-social-partners-for-improving-the-labour-market-access-of-disadvantaged-groups>

Stärkung des Prozesses für soziale Eingliederung

Als Teil des Pakets der erneuerten Sozialagenda (siehe oben) hat die Kommission am 2. Juli 2008 eine Mitteilung zur Verstärkung der OKM Soziales verabschiedet.

Um die Kommission bei der Vorbereitung dieser Mitteilung zu unterstützen und Anregung für die anschließende Debatte zu liefern, hat das Netz unabhängiger Sachverständiger im Bereich soziale Eingliederung die Auswirkungen des OKM-Bereichs soziale Eingliederung,

insbesondere die öffentliche Wahrnehmung der OKM und der damit verbundenen Aspekte, die Rolle der OKM im politischen Diskurs und ihre Wirksamkeit bei der Bekämpfung und Verhütung von Armut und sozialer Ausgrenzung untersucht.

Die Analyse der ExpertInnen ergibt, dass sich die Wahrnehmung des OKM-Bereichs soziale Eingliederung in den meisten Mitgliedstaaten auf eine kleine Schicht höherer Amtsträger, Entscheidungsträger





und Politiker und auf die NRO beschränkt, die unmittelbar in den Prozess eingebunden sind. Die Wahrnehmung der OKM in den Medien und in der Öffentlichkeit ist sehr gering und die politische Debatte über den Prozess ziemlich begrenzt. Nur in wenigen Ländern scheint es größeres Interesse im Hochschulbereich bzw. nennenswertes Engagement seitens der Sozialpartner zu geben.

Die Auswirkungen der OKM auf die verschiedenen Politiken und die Wahrnehmung ihrer diesbezüglichen Effizienz ist in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Der Prozess wird nur in wenigen Mitgliedstaaten als tatsächlich wirkungsvoll und als ein wichtiger Bestandteil politischer Entscheidungsprozesse betrachtet; meist handelt es sich dabei um die Ländern, in denen die Themen Armut und soziale Ausgrenzung im Allgemeinen und die OKM Soziales im Speziellen einen Schwerpunkt der politischen Führung darstellen.

Obgleich die OKM Soziales häufig wegen ihres geringen politischen Stellenwerts, ihrer geringen Außenwirkung und ihrer mangelnden Fähigkeit, eine öffentliche Debatte zu initiieren, kritisiert wird und obwohl sie in den meisten Ländern nicht in den nationalen politischen Entscheidungsprozess integriert ist, besteht doch häufig das Bild, dass sie einen allmählichen, indirekten Einfluss auf die politische Entwicklung gehabt hat – vor allem dadurch, dass sie die Verbreitung von Ideen und Vorstellungen gefördert und Länder dabei unterstützt hat, zentrale soziale Prioritäten zu ermitteln und gemeinsam festzulegen. Ihr wird auch zu Gute gehalten, dass sie dazu beiträgt, dass Armut und soziale Ausgrenzung in einer schwierigen Phase weiter auf der EU-Agenda stehen. Sie hat auch dabei geholfen, deutlich zu machen, wie wichtig es ist, dafür zu sorgen, dass Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitiken sich gegenseitig verstärken.

Soll der Prozess wesentlich ausgebaut werden, so besteht dem ExpertInnenbericht zufolge

Handlungsbedarf in fünf Schlüsselbereichen:

- Anhebung des politischen Stellenwerts und der politischen Bedeutung der OKM Soziales;
- Verstärkung der Wahrnehmung des Prozesses sowohl auf europäischer als auch auf (sub-)nationaler Ebene;
- der Prozess muss straffer, anspruchsvoller und besser vergleichbar werden;
- Verbesserung der Governance im Zusammenhang mit Themen der sozialen Eingliederung;
- Intensivierung des Austauschs bewährter Verfahren und des Voneinanderlernens.

Handlungsvorschläge

In der Untersuchung der nationalen ExpertInnen und der Bewertung des zentralen Teams des Netzwerkes der OKM Soziales werden zwölf Maßnahmen zur Bewältigung dieser Herausforderungen aufgezeigt. Die Umsetzung dieser Maßnahmen in einem integrierten Paket könnte als Grundlage für einen Fahrplan dienen, mit dem eine wesentliche Stärkung des Prozesses erzielt werden könnte:

- Ingangsetzung eines politischen Dialoges zwischen den Mitgliedstaaten und den Institutionen der EU, um sicherzustellen, dass das Ziel des sozialen Zusammenhalts in den Mittelpunkt der EU-Strategie ab 2010 gestellt wird und zwar mit demselben Stellenwert wie die Ziele Wachstum und Beschäftigung.
- Gewährleistung einer besseren Einbeziehung des Prozesses in die politischen Entscheidungen der einzelnen Staaten, z.B. durch Überprüfung des Zeitplans und der Struktur des Zyklus der OKM Soziales (etwa durch Ausdehnung des Zyklus auf vier Jahre ab 2010, mit Fortschrittsberichten in den dazwischen liegenden Jahren).
- Förderung von politischen Debatten und Diskussionen auf höherer Ebene





zu den Zielen und Aktivitäten der OKM Soziales.

- Entwicklung einer proaktiven Kommunikationsstrategie auf europäischer, nationaler und subnationaler Ebene, die auf die Medien abzielt und die Fortschritte der Länder bei der Erreichung ihrer sozialen Ziele hervorhebt.
- Vereinbarung und Festsetzung angemessener nationaler (und, soweit relevant, subnationaler), auf einer soliden Analyse basierender Ziele, die die Verpflichtungen der einzelnen Staaten zum Ausdruck bringen und genau überwacht werden.
- Einführung eines viel strafferen Ansatzes für Monitoring und Bewertung, mit einer stärkeren Fokussierung auf die Ergebnisse und einer unabhängigeren Analyse der bei der Umsetzung der Ziele gemachten Fortschritte.
- Aufbauend auf der Erfahrung mit dem Schwerpunkt Kinderarmut und Wohlergehen von Kindern 2007: Vertiefung der Analyse von (thematischen) Fragestellungen und des politischen Lernprozesses bei gleichzeitiger Sicherstellung eines breiten Ansatzes von Armut und sozialer Ausgrenzung.
- Aussprechung klarer Empfehlungen an die Mitgliedstaaten bezüglich Maßnahmen, die zur Erreichung ihrer vereinbarten nationalen Ziele erforderlich sind.
- Entwicklung einer gemeinsamen Leitlinie für ein wirkungsvolles Mainstreaming von Zielen sozialer Eingliederung in allen relevanten

(sub)nationalen Politikbereichen unter besonderer Berücksichtigung der Schlüsselrolle der Abschätzung sozialer Folgen.

- Vereinbarung einer Leitlinie zur Erstellung wirkungsvoller und koordinierter regionaler und lokaler Aktionspläne zu sozialer Eingliederung.
- Vereinbarung von Mindeststandards für die Länder in Bezug auf die wirkungsvolle Einbeziehung der Stakeholder in allen Phasen der Vorbereitung, Implementierung, Bewertung und Überprüfung von Maßnahmen im Bereich der sozialen Eingliederung im Allgemeinen und des Koordinierungsprozesses für soziale Eingliederung im Speziellen.
- Verbesserung von Austausch und Lernen als integraler Bestandteile des EU-Koordinierungsprozesses für soziale Eingliederung durch Bereitstellung einer größeren Palette von Möglichkeiten für Austausch und Lernen im Rahmen des *Gemeinschaftsprogramms für Beschäftigung und soziale Solidarität (PROGRESS) 2007–2013* und eine bessere Verbreitung der Ergebnisse.

Der Bericht stellt abschließend fest, dass alle diese Maßnahmen wichtig sind; sollten die Anstrengungen zur Anhebung des politischen Stellenwerts der OKM Soziales erfolglos bleiben, werden die übrigen Maßnahmen jedoch entweder nicht stattfinden oder aber nur eine begrenzte Wirkung haben.

Die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung des EU-Netzes und die Vorschläge zur Stärkung des Koordinierungsprozesses für soziale Eingliederung sind abrufbar unter <http://www.peer-review-social-inclusion.net/policy-assessment-activities/reports/first-semester-2008/>.





Peer Review in Social Protection and Social Inclusion and Assessment in Social Inclusion

www.peer-review-social-inclusion.net

Dieser Newsletter wird im Rahmen des Gemeinschaftsprogramms für Beschäftigung und soziale Solidarität (2007–2013) veröffentlicht. Dieses Programm wird von der Generaldirektion für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit der Europäischen Kommission verwaltet.

Mehr Informationen finden Sie unter:

http://ec.europa.eu/employment_social/progress/index_de.html

Mehr Informationen zu den Peer Reviews und der Politikbewertung sowie alle einschlägigen Dokumente sind abrufbar unter: www.peer-review-social-inclusion.net

Mehr Informationen zu politischen Maßnahmen und Aktivitäten im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung in der EU sind abrufbar unter: http://ec.europa.eu/employment_social/spsi

Der Inhalt dieser Veröffentlichung gibt nicht unbedingt die Auffassung der Generaldirektion für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit der Europäischen Kommission wieder. Weder die Europäische Kommission noch in deren Namen handelnde Personen haften für die Nutzung von Informationen aus dieser Veröffentlichung.



On behalf of the
**European Commission, DG Employment,
Social Affairs and Equal Opportunities**